

# Lokaljournalismus: Wie? Objektive Berichterstattung?

Pizzaessen mit ein paar CDU-Kommunalpolitikern aus Nordrhein-Westfalen. Wie sieht es aus mit der Nominierung? Wer schießt auf welchen Job? Wer hat welche Chancen? Alltag, normal. Dann kommt das Thema auf „die Medien“ und es wird richtig spannend. „Hier im Landkreis gibt es nicht eine Zeitung oder einen unabhängigen Blog, der uns auch nur halbwegs fair behandelt“, sagt einer aus der Runde. Alle erzählen auch von der vergangenen Wahl, wie sehr sich die Berichterstattung in Lokalblättern, bei Lokalradios und sogar den kostenlosen Werbeblättern ihnen gegenüber verändere, je näher man auf die Wahl zustrebe.

Da kämen Lokalreporter zu Veranstaltungen, schießen Fotos und gehen – aber es erscheine keine Zeile. Tut uns leid, zu wenig Platz... Würde etwas Wichtiges verkündet, käme das im letzten Absatz des Artikels mit einem Halbsatz vor. Stehe ein CDU-Kandidat mit auf einem Gruppenfoto, würde der Name genannt aber nicht, zu welcher Partei man gehöre. Und so weiter und so weiter. Ich bin sicher, dass AfDler hier müde abwinken. Bei denen ist solches Vorgehen vom ersten Tag an Alltag gewesen. Journalistische Unabhängigkeit, seriöse Berichterstattung...das wird immer seltener. Auch im engen Bereich, der Region, dem Landkreis, der Großstadt.

---

## Der Tabubruch von Dinslaken

Die nordrhein-westfälische Stadt Dinslaken (knapp 70.000 Einwohner) hat einen Stadtrat, dem 46 gewählte Mitglieder angehören. Neben ihrer Tätigkeit als Ratsmitglieder teilen sie sich weitere 81 Aufsichtsratsmandate bei städtischen Unternehmen. Das ist ein schönes Zubrot für den ein oder anderen, denn die Ratsmitglieder bestimmen ihre Vergütung selbst und die ist nicht schlecht. Sogar die Parteien freuen sich, denn Rats- und Aufsichtsratsmitglieder zahlen nicht nur Mitgliedsbeiträge, sondern führen aus ihren Vergütungen und Sitzungsgeldern auch noch zusätzlich „Mandatsträgerbeiträge“ ab. Die Hälfte davon bekommen sie einkommensunabhängig vom Finanzamt wieder erstattet. Ein schönes in sich geschlossenes System. Doch als vor einiger Zeit bekannt wurde, dass diese Bezüge in Dinslaken – zumal in einer Zeit höchster finanzieller Not – in kurzer Folge schon wieder erhöht werden sollten, geschah Unerhörtes. Einer aus dem Stadtrat spielte nicht mit. Obwohl selbst Anspruchsberechtigter eines solchen Gremiums, verhinderte er das Vorhaben mittels aktiver Unterstützung eines erfolgreichen Bürgerbegehrens und stellte dann gleich auch noch das ganze System in Frage. Was eigentlich befähigt unterschiedslos Ratsmitglieder, sofern sie nicht gerade Wirtschaftsprüfer, Analysten oder Bankbetriebswirte sind, dazu, Unternehmen zu kontrollieren? Sind sie wirklich zur Kontrolle da, oder wird nur ein Belohnungs-System für parteikonformes Verhalten und für verdiente Parteiarbeit geschaffen? Geht es vielleicht nur um das oben beschriebene Zubrot? Geht es um eine immer sprudelnde Geldquelle für Parteien, die ihre Stadt als ihre Beute betrachten? Warum braucht man diese

Kontrollgremien überhaupt? Reichen nicht wie bei jeder anderen vergleichbaren Gesellschaft unseres Wirtschaftssystems verantwortliche Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und die Gesellschafterversammlung aus? Das beschriebene System gibt es nicht nur in Dinslaken, sondern überall in Deutschland. Tausende profitieren davon und verursachen imaginäre "Demokratiekosten". Und kaum einen von ihnen wird es freuen, wenn das nun mal hinterfragt wird. Der streitbare Mann aus Dinslaken erzählt, dass ihm inzwischen langjährige Ratskollegen erklärt hätten, er werde von ihnen nicht mehr begrüßt, weil er an einem Tabu gerüttelt hat. Rütteln wir also mit und stellen die Dinge auf den Prüfstand!